

Firma, Mitarbeiter(in):

Geburtsdatum:

Verpflichtungserklärung nach geltendem Datenschutzrecht zur Einhaltung der allgemeinen Datenschutzgrundsätze

- Bauprojekt: Modernisierung Schulzentrum Coesfeld -

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Mitarbeiter(in) dieses Projektes kann es zu Ihren Aufgaben gehören, personenbezogene Daten zu erheben, zu verarbeiten und/oder zu nutzen. Teil unserer Aufgaben ist es, sicherzustellen, dass der Umgang mit diesen Daten gemäß der geltenden Datenschutzvorschriften erfolgt, und Sie auf die Einhaltung der Regelungen bzw. unserer Weisungen (Art. 29 DSGVO) zu verpflichten.

Demnach ist es Ihnen untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu verarbeiten (u. a. erheben, speichern, nutzen, löschen), und Sie sind verpflichtet, ausnahmslos Stillschweigen zu wahren. Diese Verpflichtung besteht unbefristet auch nach Beendigung Ihrer Tätigkeit/des Projektes fort.

Wir weisen Sie darauf hin, dass Verstöße gegen diese Verpflichtung (nach Art. 83 und 84 DSGVO sowie nach weiteren Strafvorschriften) mit Freiheits- oder Geldstrafe geahndet werden können. Ihre sich aus dem Arbeitsvertrag oder anderen arbeitsrechtlich ergebenden Schweige- und Geheimhaltungsverpflichtungen werden durch diese Verpflichtungserklärung nicht berührt. Selbstverständlich gelten diese Vorschriften für die Baulogistik gleichermaßen. Wir verpflichten uns ebenfalls sämtliche relevanten Daten sensibel, nach der DSGVO zu behandeln.

Abschriften der hier genannten Vorschriften (Art. 29, 83, 84 DSGVO) sind beigelegt.

Geben Sie bitte eine unterschriebene Zweitschrift dieses Schreibens an die Baulogistik oder ausgebende Stelle zurück.

Über die geltenden gesetzlichen Datenschutz-Bestimmungen wurde ich unterrichtet. Die sich daraus ergebenden Verhaltensweisen wurden mir mitgeteilt. Meine Verpflichtung zur Einhaltung der allgemeinen Datenschutzgrundsätze und Wahrung des Datengeheimnisses habe ich verstanden und hiermit zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Mitarbeiters/in

Anlage – Auszug EU-DSGVO:**Art. 29 DSGVO Verarbeitung unter der Aufsicht des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters**

Der Auftragsverarbeiter und jede dem Verantwortlichen oder dem Auftragsverarbeiter unterstellte Person, die Zugang zu personenbezogenen Daten hat, dürfen diese Daten ausschließlich auf Weisung des Verantwortlichen verarbeiten, es sei denn, dass sie nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten zur Verarbeitung verpflichtet sind.

Art. 83 DSGVO Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

1. Jede Aufsichtsbehörde stellt sicher, dass die Verhängung von Geldbußen gemäß diesem Artikel für Verstöße gegen diese Verordnung gemäß den Absätzen 5 und 6 in jedem Einzelfall wirksam, verhältnismäßig und abschreckend ist.
2. Geldbußen werden je nach den Umständen des Einzelfalls zusätzlich zu oder anstelle von Maßnahmen nach [Artikel 58](#) Absatz 2 Buchstaben a bis h und i verhängt. Bei der Entscheidung über die Verhängung einer Geldbuße und über deren Betrag wird in jedem Einzelfall Folgendes gebührend berücksichtigt:
 1. Art, Schwere und Dauer des Verstoßes unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs oder des Zwecks der betreffenden Verarbeitung sowie der Zahl der von der Verarbeitung betroffenen Personen und des Ausmaßes des von ihnen erlittenen Schadens;
 2. Vorsätzlichkeit oder Fahrlässigkeit des Verstoßes;
 3. jegliche von dem Verantwortlichen oder dem Auftragsverarbeiter getroffenen Maßnahmen zur Minderung des den betroffenen Personen entstandenen Schadens;
 4. Grad der Verantwortung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters unter Berücksichtigung der von ihnen gemäß den [Artikeln 25](#) und [32](#) getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen;
 5. etwaige einschlägige frühere Verstöße des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters;
 6. Umfang der Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde, um dem Verstoß abzuweichen und seine möglichen nachteiligen Auswirkungen zu mindern;
 7. Kategorien personenbezogener Daten, die von dem Verstoß betroffen sind;
 8. Art und Weise, wie der Verstoß der Aufsichtsbehörde bekannt wurde, insbesondere ob und gegebenenfalls in welchem Umfang der Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter den Verstoß mitgeteilt hat;
 9. Einhaltung der nach [Artikel 58](#) Absatz 2 früher gegen den für den betreffenden Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter in Bezug auf denselben Gegenstand angeordneten Maßnahmen, wenn solche Maßnahmen angeordnet wurden;
 10. Einhaltung von genehmigten Verhaltensregeln nach [Artikel 40](#) oder genehmigten Zertifizierungsverfahren nach [Artikel 42](#) und
 11. jegliche anderen erschwerenden oder mildernden Umstände im jeweiligen Fall, wie unmittelbar oder mittelbar durch den Verstoß erlangte finanzielle Vorteile oder vermiedene Verluste.
3. Verstößt ein Verantwortlicher oder ein Auftragsverarbeiter bei gleichen oder miteinander verbundenen Verarbeitungsvorgängen vorsätzlich oder fahrlässig gegen mehrere Bestimmungen dieser Verordnung, so übersteigt der Gesamtbetrag der Geldbuße nicht den Betrag für den schwerwiegendsten Verstoß.
4. Bei Verstößen gegen die folgenden Bestimmungen werden im Einklang mit Absatz 2 Geldbußen von bis zu 10 000 000 EUR oder im Fall eines Unternehmens von bis zu 2 % seines gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs verhängt, je nachdem, welcher der Beträge höher ist:
 1. die Pflichten der Verantwortlichen und der Auftragsverarbeiter gemäß den [Artikeln 8, 11, 25 bis 39, 42 und 43](#);
 2. die Pflichten der Zertifizierungsstelle gemäß den [Artikeln 42 und 43](#);
 3. die Pflichten der Überwachungsstelle gemäß [Artikel 41](#) Absatz 4.
5. Bei Verstößen gegen die folgenden Bestimmungen werden im Einklang mit Absatz 2 Geldbußen von bis zu 20 000 000 EUR oder im Fall eines Unternehmens von bis zu 4 % seines gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs verhängt, je nachdem, welcher der Beträge höher ist:
 1. die Grundsätze für die Verarbeitung, einschließlich der Bedingungen für die Einwilligung, gemäß den [Artikeln 5, 6, 7 und 9](#);
 2. die Rechte der betroffenen Person gemäß den [Artikeln 12 bis 22](#);
 3. die Übermittlung personenbezogener Daten an einen Empfänger in einem Drittland oder an eine internationale Organisation gemäß den [Artikeln 44 bis 49](#);
 4. alle Pflichten gemäß den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, die im Rahmen des [Kapitels IX](#) erlassen wurden;
 5. Nichtbefolgung einer Anweisung oder einer vorübergehenden oder endgültigen Beschränkung oder Aussetzung der Datenübermittlung durch die Aufsichtsbehörde gemäß [Artikel 58](#) Absatz 2 oder Nichtgewährung des Zugangs unter Verstoß gegen [Artikel 58](#) Absatz 1.
6. Bei Nichtbefolgung einer Anweisung der Aufsichtsbehörde gemäß [Artikel 58](#) Absatz 2 werden im Einklang mit Absatz 2 des vorliegenden Artikels Geldbußen von bis zu 20 000 000 EUR oder im Fall eines Unternehmens von bis zu 4 % seines gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs verhängt, je nachdem, welcher der Beträge höher ist.
7. Unbeschadet der Abhilfebefugnisse der Aufsichtsbehörden gemäß [Artikel 58](#) Absatz 2 kann jeder Mitgliedstaat Vorschriften dafür festlegen, ob und in welchem Umfang gegen Behörden und öffentliche Stellen, die in dem betreffenden Mitgliedstaat niedergelassen sind, Geldbußen verhängt werden können.
8. Die Ausübung der eigenen Befugnisse durch eine Aufsichtsbehörde gemäß diesem Artikel muss angemessenen Verfahrensgarantien gemäß dem Unionsrecht und dem Recht der Mitgliedstaaten, einschließlich wirksamer gerichtlicher Rechtsbehelfe und ordnungsgemäßer Verfahren, unterliegen.
9. Sieht die Rechtsordnung eines Mitgliedstaats keine Geldbußen vor, kann dieser Artikel so angewandt werden, dass die Geldbuße von der zuständigen Aufsichtsbehörde in die Wege geleitet und von den zuständigen nationalen Gerichten verhängt wird, wobei sicherzustellen ist, dass diese Rechtsbehelfe wirksam sind und die gleiche Wirkung wie die von Aufsichtsbehörden verhängten Geldbußen haben. In jeden Fall müssen die verhängten Geldbußen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die betreffenden Mitgliedstaaten teilen der Kommission bis zum 25. Mai 2018 die Rechtsvorschriften mit, die sie aufgrund dieses Absatzes erlassen, sowie unverzüglich alle späteren Änderungsgesetze oder Änderungen dieser Vorschriften.

Art. 84 DSGVO Sanktionen

Die Mitgliedstaaten legen die Vorschriften über andere Sanktionen für Verstöße gegen diese Verordnung – insbesondere für Verstöße, die keiner Geldbuße gemäß [Artikel 83](#) unterliegen – fest und treffen alle zu deren Anwendung erforderlichen Maßnahmen. Diese Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

Jeder Mitgliedstaat teilt der Kommission bis zum 25. Mai 2018 die Rechtsvorschriften, die er aufgrund von Absatz 1 erlässt, sowie unverzüglich alle späteren Änderungen dieser Vorschriften mit.